



BESCHLÜSSE *DER ORDENTLICHEN* *BUNDESKONFERENZ*

DER ARBEITSGEMEINSCHAFT
MIGRATION UND VIELFALT

VOM 24. BIS 25. APRIL 2015
IN BERLIN

Beschlüsse Bundeskonferenz AG Migration und Vielfalt 2015

Antrags- Nummer	Seite	Antragstitel	Beschluss
1	1	Arbeitsprogramm der AG Migration und Vielfalt 2015 bis 2017	Angenommen in geänderter Fassung
2	7	Resolution „Haltung zeigen. Klartext reden. Keine Legitimation der Demokratiefeinde.“	Angenommen
3	8	Vielfalt sichtbar machen – Chancengleichheit verwirklichen	Angenommen
4	11	Interkulturelle Öffnung (IKÖ) der öffentlichen Verwaltung	An Bundesvorstand überwiesen in geänderter Fassung
5	12	Berliner Erklärung zur Einwanderungsdebatte	Angenommen in geänderter Fassung der AK
7	15	Demokratieförderung von Kita bis Schule als staatliche Aufgabe	Angenommen in geänderter Fassung
8	17	Interkulturelle Öffnung im Bereich der Jugendhilfe.	An Bundesvorstand überwiesen in geänderter Fassung der AK
9	18	Racial Profiling abschaffen	Angenommen in geänderter Fassung der AK
11	19	Öffnung der Einreise für nichtakademische Fachkräfte zum Zweck der Arbeitsplatzsuche	Angenommen in geänderter Fassung
12	20	Für eine gleichberechtigte Vermittlung in Arbeit	Angenommen
15	21	WIFI-Internetzugang in Gemeinschaftsunterkünften von Flüchtlingen	An Bundesvorstand überwiesen
16	22	Änderung des § 4 Asylbewerberleistungsgesetz - Medizinische Prävention von Anfang an	Angenommen in geänderter Fassung
17	23	Sanktionsfreier Zugang zu medizinischer Versorgung für Menschen ohne regulären Aufenthaltsstatus	angenommen
18	25	Kommunalwahlrecht für alle	Angenommen in geänderter Fassung (Ersetzungstext)
Ini 1	26	5 Punkte für mehr Menschenrecht statt Grenzschutz	Angenommen
Ini 2	27	Gemeinsam erinnern!	Angenommen in geänderter Fassung
	28	Erledigte Anträge/nicht behandelte Anträge/abgelehnte Anträge	

1 **Antrag 1**
2 **AntragsstellerIn: Bundesvorstand AG Migration und Vielfalt**
3 **Angenommen in geänderter Fassung**

4

5 **Arbeitsprogramm der AG Migration und Vielfalt 2015 bis 2017**

6

7 Die Gründung unserer Arbeitsgemeinschaft vor zwei Jahren hat ein großes Interesse auf Seiten der
8 Einwanderungsgesellschaft erzeugt. Mit der Ernennung unserer Bundesvorsitzenden Aydan Özoğuz
9 zur Staatsministerin wurde die Aufmerksamkeit noch einmal erhöht. Ein deutlich höherer Anteil
10 von Abgeordneten mit Migrationshintergrund hat das Gesicht der SPD sichtbar verändert und in
11 den Landesverbänden sind große Bewegungen zu sehen, wie die aufsehenerregende Kandidatur des
12 Berliner Fraktionsvorsitzenden im Abgeordnetenhaus, Raed Saleh, für das Amt des Regierenden
13 Bürgermeisters. All das hat die SPD zu einem Vorreiter beim Schließen der Lücke zwischen der
14 Vielfalt der Bevölkerung und deren noch mangelnde Repräsentation in der Politik gemacht. Ein
15 wenig still, aber umso bedeutender, hat die SPD mit der Wahl von Yasmin Fahimi zur
16 Generalsekretärin einen weiteren Wandel vollzogen. Wenn diese gelebte Normalität in der
17 Sozialdemokratie auf alle gesellschaftlichen Bereiche ausstrahlt, haben wir alle viel gewonnen.

18

19 Jedoch liegt an dieser Stelle natürlich auch noch ein weiter Weg vor der Sozialdemokratie. Das
20 selbst gesteckte Ziel von 15% Mitgliedern mit Migrationshintergrund im Parteivorstand wurde
21 deutlich verfehlt. Viele der Direktkandidatinnen und -kandidaten für den Bundestag mit
22 Migrationshintergrund haben kaum aussichtsreiche Plätze bekommen. In einigen Landesverbänden
23 scheint das Thema kaum angekommen zu sein, wenn man die Fraktionen in den Landtagen
24 anschaut. Hier ist also noch deutlich viel Luft nach oben, wenn man sich nochmal vor Augen führt,
25 dass ca. 20% der Menschen in Deutschland eine Einwanderungsgeschichte haben.

26

27 Inhaltlich hat die SPD mit einem engagierten Wahlprogramm viel Boden in der
28 Einwanderungsgesellschaft gutmachen können. Sowohl in der Flüchtlingspolitik hat die SPD sich
29 bis auf wenige Details deutlich für eine humane und solidarische Politik ausgesprochen, als auch
30 bei Fragen der Teilhabe, wie bei einer Reform des Staatsangehörigkeitsrechts, eine fortschrittliche
31 Programmatik formuliert. Vor dem Hintergrund eines sehr schwachen Wahlergebnisses muss man
32 gestehen, dass überraschenderweise doch einige ambitionierte Punkte auch im Koalitionsvertrag
33 einen Platz gefunden haben. Wir waren skeptisch bezüglich des Gesamtergebnisses aus unserer
34 inhaltlichen Perspektive. Wir sind es immer noch aufgrund eines gestrigen Koalitionspartners. Wir
35 wissen aber auch, dass alle anderen Konstellationen ohne die SPD nicht hätten mehr für die
36 Menschen bringen können. Ob es für die Sozialdemokratie eine gute Entscheidung war, wird die
37 Zukunft noch zeigen müssen.

38

39 Trotz kleiner Fortschritte dank der SPD, scheint sich eine stark gegensätzliche Entwicklung des
40 gesellschaftlichen Klimas abzuzeichnen. Auf der einen Seite wird für immer mehr Menschen die
41 gesellschaftliche Vielfalt zur täglich gelebten Realität und immer mehr Menschen setzen sich für
42 eine Willkommenskultur für Flüchtlinge ein, auf der anderen Seite vergiften die Pegidas in diesem
43 Land das gesellschaftliche Klima und versuchen, das friedliche und respektvolle Miteinander zu

1 stören. Komplementär verhält sich diese Bewegung augenscheinlich zu einem Erstarren von
2 Islamisten, die ihrerseits das Klima vergiften und sich mit den Rechten hochschaukeln. Dass
3 Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wie Heiko Maas, Yasmin Fahimi, Aydan Özoğuz und
4 viele andere in dieser Situation Haltung beweisen, kann uns zu Recht mit Stolz erfüllen, tut den
5 Debatten gut und ist ein wichtiges Zeichen in die Gesellschaft.

7 **Ziele für die zukünftige Arbeit**

9 Die Rahmenbedingungen für unsere Arbeit sind sichtbar durchwachsen. Dies gilt es bei der
10 Zielsetzung zu beachten. In der Anfangsphase haben wir mit der AG punktuell Aufmerksamkeit
11 erzeugen können. Nun gilt es, dieses Interesse auch in Unterstützung und Mitarbeit umzumünzen
12 und Debatten selbst anzutreiben. Hierzu wollen wir uns inhaltlich und organisatorisch auf die
13 wichtigsten Herausforderungen einstellen.

15 Organisatorisch stehen wir weiterhin vor der Aufgabe, den Aufbau in den Landesverbänden
16 voranzubringen. Durch einen verstärkten Austausch - inhaltlich, aber auch in Bezug auf Best-
17 Practice-Beispiele auf organisatorischer Ebene - können wir hier viel erreichen. Vor dem
18 Hintergrund, dass wir eine junge und kleine Arbeitsgemeinschaft sind, sind hier kreative Mittel
19 gefragt und ein starker Austausch mit externen und internen BündnispartnerInnen. Indem wir uns
20 auf unsere kommunikative Sichtbarkeit in die SPD konzentrieren und auch darüber hinaus den
21 Dialog gestalten, wollen wir zu einem wichtigen Akteur in der Migrations- und Teilhabepolitik der
22 SPD werden.

24 Inhaltliche Fortschritte haben wir intern, insbesondere im Bereich der Interkulturellen Öffnung der
25 SPD, erzielen können. Ziel bleibt weiterhin eine Beschlusslage in der Bundes-SPD herbeizuführen
26 und die konkrete Umsetzung zu begleiten. Bei der Festlegung auf weitere inhaltliche Schwerpunkte,
27 wollen wir sowohl durch Rahmenbedingungen gesetzte Themen im Fokus behalten, aber auch
28 Themen behandeln, bei denen der SPD Impulse fehlen oder wichtige Zukunftsfragen auf
29 sozialdemokratische Antworten warten.

31 **Organisatorische Schwerpunkte**

- 33 1. Der inhaltliche Austausch auf Bundesebene ist für die Aktivierung unserer Arbeitsgemeinschaft
34 eine wichtige Aufgabe. Aufgrund begrenzter Ressourcen werden wir kreative Formate und
35 Wege ausprobieren und vorhandene Möglichkeiten optimieren:
 - 36 • Unser Newsletter diene bisher zum reinen Austausch von Informationen zwischen der
37 Bundes- und Landesebene und unter den Landesverbänden. Gezielt wollen wir hier den
38 Transfer von guten Beispielen in organisatorischen und strategischen Fragen fördern. Den
39 Newsletter wollen wir darüber hinaus zu einem inhaltlichen Diskursmedium ausbauen, in
40 dem kontroverse Diskussionen Platz finden sollen.
 - 41 • Die Sozialen Medien wollen wir zukünftig stärker für Debatten nutzen. Hierzu sollen gezielt
42 aktuelle Themen aufgegriffen und in ein "online-taugliches Frageformat" übersetzt werden,
43 um Impulse aus der Einwanderungsgesellschaft auch über die Sozialen Medien
44 aufzunehmen.

- 1 • Die BuVo-Sitzungen, die an abwechselnden Orten stattfinden, sollen dazu genutzt werden,
2 um mit unseren Arbeitsgemeinschaften vor Ort Themen voranzubringen und
3 weiterzuentwickeln. In Zusammenarbeit mit externen Partnern können so Synergieeffekte
4 für die Arbeit vor Ort, aber auch auf Bundesebene genutzt werden.
- 5 2. Ohne Netzwerke werden wir unsere Themen nur dürftig voranbringen können. Deshalb wollen
6 wir an einem starken Netzwerk innerhalb und außerhalb der SPD stricken und so unsere
7 Positionen schlagkräftig in die Diskussionen bringen:
- 8 • Innerhalb der Sozialdemokratie und ihr nahe stehenden Institutionen, wie der Friedrich-
9 Ebert-Stiftung, gibt es verschiedene Plattformen und Personen, die sich mit unseren Themen
10 beschäftigen. In der Bundestagsfraktion ist es neben dem Integrationsbeauftragten Josip
11 Juratovic, die Querschnitts-AG Migration. Bei der FES trifft sich der Arbeitskreis Migration
12 und Integration alle paar Monate. Unter dem Parteivorstand finden gerade im Forum
13 Innenpolitik auch Debatten zu unseren Themen statt. Die Vernetzung mit diesen soll
14 intensiviert werden.
- Themenüberschneidungen gibt es auch oft mit den anderen Arbeitsgemeinschaften auf
Bundesebene. Häufig mit den Jusos querebeet durch alle unseren Themen. Mit der AsJ bei
rechtlichen Aspekten wie bspw. einem neuen Einwanderungsgesetz, mit der AsF, den
Schwusos, der AG 60+ oder der AG Selbst aktiv bei Fragen der Antidiskriminierungspolitik
oder mit der AfA bei Themen wie Aufstieg im Arbeitsmarkt. Hier gilt es ein Netzwerk für
Vielfalt in der SPD aufzubauen und auch gemeinsame Initiativen und Veranstaltungen zu
starten.
- Externe PartnerInnen in der Einwanderungsgesellschaft sind besonders wichtig für unsere
Arbeit, wenn wir auch mit solidarisch-kritischem Druck von außen Inhalte bewegen wollen.
Hier müssen Ebenen für den Austausch und die Zusammenarbeit etabliert werden. Innerhalb
der SPD wollen wir uns für einen Beirat, ähnlich dem Gewerkschaftsbeirat, einsetzen, in
dem die SPD kontinuierlich die Beziehungen zu externen PartnerInnen pflegen kann.
- 15 • Zahlreiche aktive Genossinnen und Genossen mit Migrationshintergrund wirken vor Ort in
16 den Kommunen und leisten damit, wenn es um Teilhabe geht, gerade auf der wichtigsten
17 Ebene entscheidende und unerlässliche Arbeit für die Sozialdemokratie. Wir wollen im
18 Rahmen der finanziellen Möglichkeiten, welche die Bundespartei hierzu bereitstellen
19 müsste, eine bundesweite Konferenz mit diesen SPD-Kommunalpolitikerinnen und
20 Kommunalpolitikern (Stadtrat, Kreistag, Integrationsrat etc.) einberufen.
21
- 22 3. Inhalte werden nicht umgesetzt, wenn sie nicht sichtbar sind. Wir wollen darum die
23 Aufmerksamkeit, die wir bei einem Fachpublikum geschaffen haben, mit einer Hör- und
24 Sichtbarkeit steigernden Kommunikationsstrategie ausweiten:
- 25 • Primär werden wir die Öffentlichkeitsarbeit innerhalb der Sozialdemokratie stärken. Sei es
26 im Vorwärts, bei Parteitagen, auf SPD.de oder anderen Gelegenheiten, wollen wir die
27 Anstrengungen erhöhen. Gerade der Vorwärts als Medium muss für unsere AG deutlich
28 intensiver genutzt werden.
- 29 • Durch Fachartikel und Positionierungen zu aktuellen wie selbst gesetzten Themen wollen
30 wir auch die Informationsversorgung des Fachpublikums ausweiten. Medien wie
31 Migazin.de, Publikative.org oder der Mediendienst Integration wollen wir für unsere
32 Themen ansprechen.

- Generell gilt, dass wir mit unserer AG auch in der breiten Öffentlichkeit Sichtbarkeit erzeugen wollen. Wenn es um Teilhabe oder Migration geht, muss die erste Ansprechpartnerin auf Seiten der SPD auch unsere Arbeitsgemeinschaft sein.

- 1 4. Die Interkulturelle Öffnung der SPD ist in vollem Gange. Kulturell und personell ändert sich die
 2 SPD in einem guten Tempo. An der einen oder anderen Stelle bedarf es jedoch eines sanften
 3 Drucks unserer Arbeitsgemeinschaft. Dieser Aufgabe wollen wir gerecht werden:
- 4 • Im Rahmen der letzten Parteireform wurden einige wichtige Maßnahmen beschlossen, die
 5 von besonderer Bedeutung sind. Sei es die 15% Quote für den Bundesvorstand und alle
 6 anderen Gremien auf Bundesebene, geplante Fortschrittsberichte und
 7 Handlungsempfehlungen zur weiteren Entwicklung der Interkulturellen Öffnung oder die
 8 Förderung von Mitgliedern mit Migrationshintergrund. Hier müssen wir als AG eine zügige
 9 Umsetzung unterstützen und Konzepte darüber hinaus entwickeln.
 - 10 • Als AG wollen wir in Zusammenarbeit mit dem Willy-Brandt-Haus Materialien zur
 11 Neumitgliederansprache und beispielsweise Mustersatzungen für die Arbeitsgemeinschaften
 12 auf Unterbezirksebene entwickeln und den Landesverbänden damit ein Angebot schaffen.
 13 Nicht alle Landesverbände haben eigene Ressourcen hierfür und benötigen die
 14 Unterstützung der Bundesebene.
 - Gerade beim Thema Interkulturelle Öffnung wollen wir beim Austausch von Best-Practice-
 Beispiele in den Ländern helfen. Konzepte wie das Mentoring-Projekt "Macht Vielfalt" aus
 dem Berliner Landesverband wären sicher auch für andere Landesverbände von großem
 Interesse.

15 **Inhaltliche Schwerpunkte**

16
 17 Das Themenspektrum unserer Arbeitsgemeinschaft ist sehr breit. Nicht umsonst wird von einem
 18 Querschnittsthema gesprochen. Ob Bildungspolitik, der Bereich Arbeit und Wirtschaft,
 19 Sozialpolitik oder Innenpolitik, Außenpolitik und Entwicklungspolitik. Viele Themen liegen bei
 20 uns auf dem Tisch und wir werden unseren Beitrag in all den Bereichen leisten. Eine Fokussierung
 21 auf für uns aktuelle und zentrale Themen, insbesondere auch in Vorbereitung auf die nächsten
 22 Bundestagswahlen 2017, wird von Bedeutung sein, um sich nicht in der Themenvielfalt zu
 23 verlieren. Folgenden Fokus wollen wir in den nächsten beiden Jahren bei unserer Arbeit legen:

- 24
1. Das **AUFSTIEGSVERSPRECHEN** ist der Kitt unserer Gesellschaft und ein zentrales Element **SOZIALDEMOKRATISCHER POLITIK**. Dieses Versprechen hat die Sozialdemokratie in vielen Fällen erfüllen können, als es beispielsweise um die Arbeiterbewegung oder um das vielbeschworene "katholische Landmädel" ging. Zunehmend leidet dieses Versprechen jedoch darunter, weil immer seltener gilt, dass Aufstieg möglich ist, wenn man sich nur richtig anstrengt. Dies trifft insbesondere eine neue Zielgruppe. Unsere Zielgruppe als Arbeitsgemeinschaft: die vielen Millionen Bürgerinnen und Bürger, die neue deutsche Namen tragen, sichtbar das neue Gesicht Deutschlands prägen und familiäre Wurzeln in anderen Regionen der Welt haben. Wir wollen alte Instrumente sozialdemokratischer Aufstiegs politik wiederentdecken und diese durch neue flankieren. Hierzu gehört für uns zentral eine moderne und zeitgemäße Antidiskriminierungspolitik.

25

1 **WIR WOLLEN DAS THEMA ANTIDISKRIMINIERUNG AUS DER POLITISCHEN**
2 **„SCHMUDELECKE“ HOLEN UND ALS SELBSTVERSTÄNDLICHES ELEMENT**
3 **SOZIALDEMOKRATISCHER AUFSTIEGSPOLITIK ETABLIEREN.** So machen wir die
4 SPD wieder zur Aufstiegsparterie und gewinnen aufstiegsorientierte Wählermilieus zurück.
5

- 6 2. In Zeiten einer neuen Welle rechtspopulistischer Mobilisierung in Deutschland muss es unsere
7 Aufgabe sein, sich intensiv in die Debatte einzubringen. Pegida und Co. versuchen im
8 bürgerlichen Gewand rechtes Gedankengut in Deutschland wieder salonfähig zu machen.
9 **UNSERE HALTUNG ZU GRUPPENBEZOGENER MENSCHENFEINDLICHKEIT**
10 **MUSS KLAR UND DEUTLICH HÖRBAR SEIN.** In den kommenden Jahren werden wir
11 aktiv darauf hinarbeiten, dass Demokratieförderung und der **KAMPF GEGEN RECHTE UND**
12 **ANDERWEITIGE MENSCHEN- UND DEMOKRATIEFEINDLICHE EXTREMISMEN**
13 zentrale Themen im Wahlprogramm zur kommenden Bundestagswahl werden. Wir werden auf
14 Zusammenarbeit und Austausch mit Initiativen und Projekten setzen und deren Vernetzung mit
15 vorantreiben. Wir werden uns in den Medien sichtbar zu Wort melden.
16
3. Die Thematik der **FLÜCHTLINGSPOLITIK** wird uns gesamtgesellschaftlich auch in Zukunft
stark beanspruchen. Stärker noch als in den Jahren zuvor, in denen das Thema Flüchtlinge
nahezu aus dem Fokus der Gesellschaft zu verschwinden schien und Flüchtlingshilfe geradezu
obsolet erschien, stellt uns dieses Thema derzeit vor die Aufgabe eines gesamtgesellschaftlichen
Diskurses. Der Diskurs wird von Negation, Populismus und Abschottungstendenzen durchsetzt
und von verschiedenen gesellschaftlich schädlichen Ansätzen befeuert. Doch das Aufstehen der
Zivilgesellschaft gegen Pegida und Konsorten macht Mut und es ist stärker als noch in den 90er
Jahren. Er kämpftes gilt es zu bewahren. Die Sozialdemokratie hat aus Ihrer eigenen Historie
und Verantwortung die Pflicht abzuleiten bedingungslosen Einsatz hierfür aufzubringen.

17 Es gilt das Gebot, den **ABERTAUSEND DEMONSTRANTINNEN UND**
18 **DEMONSTRANTEN, DIE SICH IN EINHEIT UND VIELFALT PEGIDA UND DEREN**
19 **RASSISTISCHEN ABLEGERN IN DEN WEG STELLEN, DEN RÜCKEN ZU**
20 **STÄRKEN.** Diesen Auftrag gilt es in der innerparteilichen aber auch außerparteilichen
21 Diskussion anzunehmen und in die kleinsten Facetten politischen Handelns herunterzubrechen.
22 Genau an dieser Stelle haben wir unsere Doppelstrategie in die Tat umzusetzen; nicht nur durch
23 willfährige Solidaritätsbekundungen, sondern durch eine noch stärkere Vernetzung gerade mit
24 diesem Milieu. Wir müssen an die Menschen ran um deutlich zu machen, wo wir als
25 Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen. Bedingungslos an ihrer Seite.
26

27 Dazu gehört sodann auch die klare Abgrenzung zum Koalitionspartner im Bund, dem wir die
28 Rhetorik des "Wirtschaftsflüchtlings" sprichwörtlich vom Tisch fegen müssen. Solch
29 rhetorischer Nährboden und das unterschwellige Spielen mit abstrakten Ängsten beginnt auf
30 dieser Legitimationsebene und zieht sich wie ein rotes xenophobes Band durch die Ereignisse
31 der letzten Monate. Hierfür darf es keinen Platz geben; schon gar nicht an Stellen an denen wir
32 als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten Regierungsverantwortung zeichnen.
33

- 34 **4.** Ein **MODERNES STAATSANGEHÖRIGKEITSRECHT** ist längst überfällig für ein
35 Einwanderungsland wie Deutschland. In Deutschland hat die Rot-Grüne Bundesregierung zur

1 Jahrtausendwende das Bild vom "Deutschsein" ins Wanken gebracht. Mit dem Wegfall der
2 Optionspflicht für viele junge Bürgerinnen und Bürger ist der letzte Schritt zur generellen
3 Hinnahme der Mehrstaatigkeit überfällig. Wir wollen uns in den nächsten beiden Jahren weiter für
4 ein modernes Staatsangehörigkeitsrecht einsetzen und den Prozess in der SPD begleiten. In
5 Hinblick auf die kommende Bundestagswahl im Jahr 2017 sind innerparteiliche Diskussionen,
6 sowohl zum Thema Mehrstaatigkeit für alle Einwohnerinnen und Einwohner als auch
7 Erleichterungen beim Erwerb der Staatsangehörigkeit unabdingbar. Einen nächsten
8 Koalitionsvertrag mit sozialdemokratischer Unterschrift darf es nur geben, wenn dieser die
9 generelle Hinnahme von Mehrstaatigkeit beinhaltet. Denn der bestehende Koalitionsvertrag ist
10 leider noch weit davon entfernt, Deutschland als ein Einwanderungsland zu begreifen. Im Rahmen
11 der Debatten wollen wir auch den **WANDEL DES BILDES VOM "DEUTSCHSEIN"** mit
12 voranbringen und in die öffentlichen Diskussionen einer vielfältigen Gesellschaft tragen.

1 **Antrag 2**

2 **AntragstellerIn: Bundesvorstand AG Migration und Vielfalt**
3 **angenommen**

4 5 **Resolution**

6 7 **Haltung zeigen. Klartext reden. Keine Legitimation der** 8 **Demokratiefeinde.**

9
10 Was oder wer gehört zu Deutschland? Diese Frage schlingt sich in jüngster Zeit um zahlreiche
11 Themen. Gehört Pegida zu Deutschland? Gehört der Islam zu Deutschland? Gehört
12 deutschnationales Denken zu Deutschland? Dabei lässt sich schwer leugnen, dass der Islam, die
13 Gidas und auch die „Deutschnationalen“ zu Deutschland gehören. Mal ist das gut und mal schlecht
14 für unser Land, aber sie sind in der Mitte der Gesellschaft.

15
16 Die Gidas sind dabei schon lange ein Teil Deutschlands. Was wir als Rassismus-Problem in
17 Deutschland jahrzehntelang beklagten, taucht diesmal im Gewand von Aufmärschen auf, die dem
18 Land glauben machen wollen, dass das Abendland kurz vor dem Untergang stünde. Abstrakte
19 Ängste sind dabei die Legitimation der Bewegung, die manche Politikerinnen und Politiker zu
20 gerne aufgreifen. Dabei braucht es beim Umgang eine politische Linie, die früh Haltung beweist,
21 das Problem beim Namen benennt und jedwede Ungleichheitsvorstellungen in ihren Anfängen in
22 die Schranken weist. Dieses erwarten wir nicht nur von allen Demokratinnen und Demokraten,
23 sondern auch und gerade von Politikerinnen und Politikern der Sozialdemokratie.

24
25 Aufwertungen durch Gesprächsangebote an Pegida-Anhänger und die unnötigen Bekundungen,
26 dass Geisteshaltungen, die unseren Zusammenhalt gefährden, rechtlich nicht zu unterbinden sind –
27 was auch juristisch niemand bezweifelte – sind Wasser auf die Mühlen derjenigen, die diese
28 Gesellschaft auseinanderreißen wollen. So, wie wir beim Umgang mit Sarrazin erwartet haben, dass
29 man Rassismus auch „Rassismus“ nennt und Grenzen der Sozialdemokratie aufzeigt, erwarten wir
30 diese Haltung ebenfalls beim Umgang mit den Gidas.

31 Bei den Gidas sucht man vergeblich nach einer klaren ideologischen Abgrenzung zum
32 Rechtsextremismus. Die radikalisierte Vorstellung der Ungleichwertigkeit von Menschen ist latent
33 immer vorhanden, auch wenn eine explizite Positionierung vermieden wird. Die gruppenbezogenen
34 Feindbildbeschreibungen, die auch in den Forderungskatalogen der selbsternannten „Patrioten“
35 auftauchen, geben ein Zeugnis ab für die Kontinuität und strukturelle Wiederholung solcher
36 Prozesse. Mit dem Hinweis auf die europäische Dimension in der eigenen Namensgebung und mit
37 der Anmaßung für das Volk zu sprechen, wollen diese Demokratiegefährderinnen und
38 Demokratiegefährder ihr vermeintlich legitimes Anliegen in einen größeren Kontext stellen.

39
40 Alle diese Aspekte sind schon einzeln eine Zumutung, in der Summe stellen sie einen massiven
41 Affront für alle aufrechten Demokratinnen und Demokraten dar. Wer eine moderne, vielfältige und
42 menschliche Gesellschaft hier in Deutschland mitgestalten oder zumindest erleben will, darf die

1 dabei auftretenden Probleme nicht in einem solchen Forum erörtern. Wer annimmt, die Gefahr einer
2 chauvinistischen Vorprägung aller zu erwartenden Ergebnisse einer Debatte in einem solchen
3 Rahmen sei irrelevant, handelt fahrlässig. Wir müssen mit den zur Radikalisierung neigenden
4 Besorgten Klartext reden – aber auf unseren Foren! Wir lassen uns keine Vorurteile, Stereotypen
5 und autoritativen Allgemeinplätze aufnötigen! Wir trennen echte Sorgen und Nöte von
6 Ressentiments und Rassismus! Wir streiten weiter für eine soziale Demokratie!

12 **Antrag 3**

13 **AntragstellerIn: Bundesvorstand AG Migration und Vielfalt**

14 **Angenommen**

16 **AdressatInnen: SPD-Bundesparteitag**

18 **Vielfalt sichtbar machen – Chancengleichheit verwirklichen**

20 I. In der SPD gibt es zahlreiche Mitglieder mit Einwanderungsgeschichte bzw. Mitglieder, deren
21 Eltern oder Großeltern aus anderen Ländern nach Deutschland gekommen sind. Wie in allen
22 gesellschaftlichen Bereichen gibt es auch in der SPD eine Repräsentanzlücke. Das muss sich
23 ändern. Chancengleichheit bestimmt sich auch bei der Besetzung von Ämtern und Mandaten - vom
24 Ortsverein bis in die Parteispitze hinein. Wir wollen uns stärker öffnen und gezielt um Mitglieder
25 mit Migrationsbiographie werben. Denn es sind die jungen Menschen, die Frauen und Personen mit
26 Migrationsbiographie, die über die Zukunftsfähigkeit der Sozialdemokratie entscheiden werden.

28 Dafür wollen wir die Arbeit der Zukunftswerkstatt Integration hinsichtlich der interkulturellen
29 Öffnung der SPD aufgreifen:

31 „Für jeden, der sich für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität engagieren will, ist Platz in unserer
32 Partei – dieses Kernversprechen der deutschen Sozialdemokratie müssen wir erneuern und
33 zeitgemäß weiterentwickeln. In einer Zeit, in der Deutschland vielfältiger wird, immer mehr
34 Menschen unterschiedlicher Herkunft, Religion und Weltanschauung in unserem Land
35 zusammenleben, muss auch die SPD selbst vielfältiger werden, um Volkspartei zu bleiben. Wir
36 wollen mit unserer Politik gesellschaftliche Vielfalt und Teilhabe fördern. In unserer Partei wollen
37 wir sie vorleben.“

38 *(Aus: Zehn Ziele Zukunftswerkstatt, Beschluss der Steuerungsgruppe vom 13. September 2010)*

40 Ziel ist es, dauerhafte Strukturen innerhalb der SPD zu verankern, die es ermöglichen, die
41 Zielgruppe der Mitglieder mit Migrationsbiographie stärker einzubeziehen. Unser Ziel ist eine
42 interkulturelle Öffnung der SPD, die gleichberechtigte Teilhabe und die Verwirklichung von
43 Chancengleichheit von Einwanderern und Einwanderinnen und ihrer Kinder in allen Organisationen

1 und auf allen politischen Ebenen der SPD ermöglicht. Die SPD soll erkennbar vielfältiger werden.
2 Die SPD leitet einen Perspektivwechsel ein und verpflichtet sich auf ein Diversity-Mainstreaming.
3 Bei allen Entscheidungen wird künftig beurteilt, ob und welche Wirkungen sie auf Personen mit
4 Migrationsbiographie entfalten.

5

6 **1. Der SPD-Bundesvorstand und die SPD-Landesvorstände legen regelmäßig einen**
7 **Fortschrittsbericht über den aktuellen Stand der interkulturellen Öffnung vor.**

8 In Zusammenarbeit mit der AG Migration und Vielfalt legt der Bundesvorstand regelmäßig
9 einen schriftlichen Bericht vor. Der Bericht ist Analyse zum Stand der Vielfalt in der SPD
10 und Handreichung zur Intensivierung der interkulturellen Öffnung – vom Ortsverein, über
11 die Kreise und Bezirke, bis hin zu den Landesverbänden und dem Bund. Grundlage des
12 Berichts ist eine Analyse der Mitgliederstruktur, der Gremienbesetzung und
13 Mandatsverteilung. Der Fortschrittsbericht enthält Vorschläge zur Intensivierung der
14 interkulturellen Öffnung. Vorbild sind die Gleichstellungsberichte der ASF.

15 **2. Jede Gliederung erarbeitet eine Zielvereinbarung hinsichtlich ihrer Mitgliedschaft, der**
16 **Besetzung ihrer Gremien und Mandate.**

17 Dabei sollte sie sich an der Bevölkerungsstruktur orientieren. Eine verordnete Quote,
18 losgelöst von der Bevölkerungsrealität ist nicht zielführend. Daher sollte sich jede
19 Gliederung mit der Frage beschäftigen, inwiefern sie Personen mit Migrationsbiographie,
20 Frauen und junge Menschen in ihre Arbeit einbezieht und sie in ihren Gremien vertreten
21 sind.

22 Neben das Reißverschlussverfahren, dass die Gleichstellung der Geschlechter sicherstellen
23 soll, tritt der Diversity-Faktor: Jede Gliederung ist aufgerufen eigene, der örtlichen
24 Bevölkerung angemessenen Ziele für mehr Vielfalt zu vereinbaren. Der Parteivorstand geht
25 mit gutem Beispiel voran und gibt sich eine Zielvereinbarung von 20%, die dem
26 Bevölkerungsanteil von Personen mit Migrationsbiographie entspricht.

27 Die Gliederungen werden ermuntert bei der Aufstellung ihrer Listen - von der Kommunal-
28 über die Landesparlamente bis hin zur Bundestagsliste – neben Gleichstellungs- Proporz-
29 und Strömungsaspekten, den Vielfaltsfaktor zu berücksichtigen. Indem das jeweils
30 zuständige Gremium frühzeitig eine angemessene Selbstverpflichtung eingeht. Dieser
31 Beschluss kann sich beispielsweise an der Zusammensetzung der Bevölkerung orientieren.
32 Er sollte rechtzeitig vor Kandidaturerklärungen erfolgen.

33 Beispiel: Bei 10 aussichtsreichen Plätzen für die Kommunalmandate und einem
34 Bevölkerungsanteil von 25% Personen mit Migrationsbiographie per Beschluss festzulegen,
35 dass drei Plätze mit Kandidierenden mit Migrationsbiographie besetzt werden.

36 **3. Die SPD wirbt gezielt um junge Menschen aus Vielfalt-Familien.**

37 Auf die Mitgliedschaft kommt es an! Aus diesem Grund ist sowohl der SPD-
38 Bundesvorstand gefragt als auch jede Gliederung – vom Ortsverein bis zum Landesvorstand.

1 Der Bundesvorstand geht mit gutem Beispiel vor und schafft eine „stille Sichtbarkeit“ in
2 seinen Materialien. Dadurch wird die Normalität von Vielfalt unterstrichen. Die
3 Gliederungen werden ermuntert, bei ihrer Neumitgliederwerbung gezielt Bürgerinnen und
4 Bürger mit Migrationsbiographie für die sozialdemokratische Idee zu gewinnen.

5 **4. Die Parteischule bietet ehrenamtliche Schulungen zur Stärkung der interkulturellen**
6 **Kompetenz an.**

7 Die Parteischule wird zusammen mit dem Bundesvorstand der AG Migration und Vielfalt
8 damit beauftragt, ein Schulungsprogramm und Schulungsmodule für den haupt- und
9 ehrenamtlichen Bereich aufzulegen, in denen der Schwerpunkt auf „interkulturelle Öffnung
10 der Ortsvereine“ gelegt wird. Bereits bestehenden Module zu „Antirassismus“ und
11 „Antidiskriminierung“ werden ausgebaut und intensiviert. Wir streben an, dass die
12 Mitgliederbeauftragten auf allen Ebenen der Partei sich das Thema „interkulturelle
13 Öffnung“ zu Eigen machen. Deshalb werden wir ein entsprechendes Informationspaket
14 erstellen und den direkten Austausch mit den Mitgliedsbeauftragten vornehmen. Die
15 Parteischule integriert ein Modul „interkulturelle Öffnung der SPD“ in all ihre
16 Schulungsangebote.

17 **5. Die SPD bietet ein Mentoringprogramm für Mitglieder mit Migrationsbiographie an.**

18 Die Jusos und die ASF machten es vor: Mentoring ist ein erfolgreiches Qualifizierungs- und
19 Vernetzungsmittel aus dem Bereich des Empowerments. Die Landesverbände werden
20 ermuntert in Zusammenarbeit mit den Landesarbeitsgemeinschaften Migration und Vielfalt
21 ein Mentoringprogramm anzubieten.

22 **6. Die SPD veranstaltet einen öffentlichkeitswirksamen Fachkongress Interkulturelle**
23 **Öffnung.**

24 Der SPD-Bundesvorstand veranstaltet einen öffentlichkeitswirksamen Fachkongress zur
25 Interkulturellen Öffnung der SPD, zu dem die aktiven Mitglieder, die Fachwelt und
26 Zivilgesellschaft eingeladen werden.

1 **Antrag 4**
2 **AntragsstellerIn: AG Migration und Vielfalt Nordrhein-Westfalen**
3 **an Bundesvorstand AG Migration und Vielfalt überwiesen in**
4 **geänderter Fassung**
5

6 **Stichwort: Interkulturelle Öffnung (IKÖ) der öffentlichen Verwaltung**
7 **– Mehr Chancengleichheit für Zugewanderte**
8

9 Die sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft für Migration und Vielfalt fordert alle Funktions- und
10 Mandatsträgerinnen und Mandatsträger der SPD auf, sich für die interkulturelle Öffnung der
11 öffentlichen Verwaltung und mehr Chancengleichheit für Eingewanderte einzusetzen. Öffentliche
12 Behörden und Bildungseinrichtungen sollen ihr Aufgabenfeld auf die Anforderungen einer
13 Einwanderungsgesellschaft ausrichten und eine Beschäftigtenstruktur fördern, welche in den
14 Grundzügen die Zusammensetzung der regionalen Bevölkerung widerspiegelt. Dazu sollen alle
15 öffentlichen Verwaltungen

- 16
- 17 1. eine „Willkommenskultur“ schaffen.
- 18 2. ihr Potenzial zur interkulturellen Öffnung im eigenen Haus ermitteln und weiterentwickeln.
- 19 3. interkulturelle Workshops und Einführungsseminare für ihre Beschäftigten durchführen.
- 20 4. interkulturelle Namensschilder mit „Willkommen“ in verschiedenen Sprachen und Verweis
21 auf die vorhandenen Sprachkompetenzen einführen.
- 22 5. ihre Außenwirkung durch Einsatz möglichst einfacher Sprache sowie mehrsprachige
23 Publikationen, Internetauftritte, Beschilderungen, Beschäftigte und die fachliche
24 Unterstützung durch Sprachpatinnen und –paten sowie muttersprachliche Assistentinnen
25 und Assistenten verbessern.
- 26 6. Hinweise in Stellenausschreibungen auf den Stellenwert der kulturellen Vielfalt und
27 Mehrsprachigkeit einführen.
- 28 7. aktiv Erfahrungen mit anonymisierten Bewerbungsverfahren anstreben.
- 29 8. in den Auswahlverfahren nur noch Testverfahren einsetzen, die ihre Anwendbarkeit für
30 nicht-deutsch Muttersprachlerinnen und Muttersprachler mit ausreichenden Deutsch-
31 Sprachkenntnissen wissenschaftlich nachgewiesen haben.
- 32

33 **Begründung:**
34

35 Die Vielfalt der Kulturen ist ein Reichtum unseres Landes, welche im Miteinander und im Dialog
36 gepflegt werden muss. Für die Sicherung der Zukunftsfähigkeit unseres Landes sind die Etablierung
37 eines Klimas der Offenheit und Toleranz und die interkulturelle Öffnung der Institutionen von
38 zentraler Bedeutung. Aufgrund ihrer Vorbildfunktion müssen insbesondere die öffentlichen
39 Behörden sich entschlossener als bisher auf Ein- und Zuwanderung neu einstellen. Interkulturelle
40 Öffnung ist als „soziale Öffnung“ zu verstehen, für gerechtere Teilhabemöglichkeiten aller

1 Bürgerinnen und Bürger an den Angeboten und Dienstleistungen sowie für eine die Vielfalt der
2 Beschäftigten fördernde Personalpolitik der öffentlichen Verwaltung.

3
4 Das Land Nordrhein-Westfalen ist geprägt von seiner Zuwanderungsgeschichte. Die Mobilität
5 steigt unter den Rahmenbedingungen der Globalisierung weltweit. Mit einer weiteren Zunahme an
6 kultureller Vielfalt ist zu rechnen. Des Weiteren bedingt auch die demographische Entwicklung im
7 Land, eine Neuausrichtung der Angebote und Dienstleistungen sowie der betrieblichen
8 Personalpolitiken.

9
10 Es bestehen für viele Zugewanderte und Menschen mit Migrationshintergrund immer noch
11 vermeidbare Zugangsbarrieren, die sich zum Beispiel durch eine seltenere Inanspruchnahme von
12 sozialen Hilfen durch bestimmte Bevölkerungsgruppen auswirken. Ein Grund liegt unter anderem
13 darin, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht über das nötige Wissen verfügen, um die
14 Instrumente an die besondere Situation von Migrantenfamilien anzupassen, z.B. Hilfen zur
15 Erziehung.

16
17 Viele öffentliche Institutionen wie Soziale Dienste, Justiz, Arbeitsagenturen und Polizei haben es
18 lange versäumt, ihr Aufgabenfeld an den Anforderungen einer Einwanderungsgesellschaft
19 auszurichten und eine Beschäftigtenstruktur zu fördern, welche in den Grundzügen die
20 Zusammensetzung der regionalen Bevölkerung widerspiegelt. Insbesondere die Vermeidung
21 struktureller Diskriminierungen bei der Besetzung neu geschaffener Stellen, kann die Interkulturelle
22 Öffnung in den eigenen Reihen vorantreiben und so die Zukunftsfähigkeit einer Behörde sichern.
23 Aspekte wie Geschlecht, Alter, Familienstand, Herkunft, religiöse-, weltanschauliche- oder sexuelle
24 Orientierung dürfen in den Auswahlverfahren der öffentlichen Verwaltungen keine Rolle mehr
25 spielen. Konkret sollen die Chancengleichheit gefördert und die fachliche Eignung sowie die
26 beruflichen Kompetenzen, Stationen und Qualifikation für eine Arbeits- oder Ausbildungsstelle in
27 den Vordergrund gerückt werden.

28

29

30

31 **Antrag 5**

32 **AntragstellerIn: AG Migration und Vielfalt Berlin**

33 **Angenommen in geänderter Fassung der Antragskommission**

34

35 **Berliner Erklärung zur Einwanderungsdebatte**

36

37 Deutschland ist das zweitbeliebteste Einwanderungsland in der Welt. Mehr als 1,2 Millionen
38 Menschen kamen 2013 nach Deutschland, um hier zu leben und zu arbeiten. Die meisten von ihnen
39 sind gut ausgebildet und bereichern Deutschland kulturell und tragen zum Wohlstand hierzulande
40 bei. Doch aktuell fühlt sich die Politik – auch die SPD – aufgrund der Pegida-Demonstrationen
41 gezwungen, das Zuwanderungsgesetz zu reformieren bzw. ein neues Gesetz zu schaffen. Diese
42 Reformierung soll nach dem Punktesystem nach kanadischem Vorbild geschehen.

1 Hohe Zustimmungswerte für einen "marktförmigen Extremismus" zeigen uns, dass die Strategie
2 der letzten Jahre, mit ökonomischen Argumentationen rassistischen Auswüchsen zu entgegen,
3 wenig gebracht hat. Weder die Debatten um mangelnde Fachkräfte, noch Diskussionen, was uns
4 Ausländerinnen und Ausländer monetär einbringen, sind der richtige Weg. Wer den Pegidas in
5 Deutschland entgegen will, stelle sich lieber hinter die Gegendemonstrantinnen und -
6 demonstranten. Damit wäre deutlich mehr gewonnen, als abstrakte Diskussionen über Gesetze, die
7 den Eindruck vermitteln, man müsste auf Ressentiments mit Verständnis reagieren.

8
9 Wir lehnen diese Ökonomisierung der Zuwanderung ab und sind überzeugt davon, dass bestehende
10 Regelungen der Einwanderung wie das Zuwanderungsgesetz von 2005, welches die SPD
11 durchgesetzt hat, und die entsprechenden arbeitsmarktpolitischen Instrumente liberaler und nicht
12 strikter gestaltet werden müssten, um die Einwanderung nach Deutschland zu regeln. In diesem
13 Zusammenhang ist es beispielsweise Deutschland im Juli 2013 gelungen, eine
14 Beschäftigungsverordnung (§ 6 Abs. 2 Nr. 1 und Nr. 2 BeschV) zu erlassen, die auch nun erstmals
15 Fachkräften ohne akademischen Abschluss den Arbeitsmarkt geöffnet hat.

16
17 *Nicht hinnehmbar ist in diesem Zusammenhang, dass bestimmte Kreise die Einwanderung auf das*
18 *ökonomisch Nützliche reduzieren wollen. Hierzu gehört auch die Debatte um ein Punktesystem,*
19 *welches die Einwanderung steuern soll. Nur solche Migrantinnen und Migranten, die diesem Raster*
20 *standhalten, sollen einwandern dürfen. Ein ungewollter Begleiteffekt einer solchen Forderung ist*
21 *aber, dass im Umkehrschluss alle Einwanderinnen und Einwanderer, die dem Punktesystem nicht*
22 *standhalten, als Belastung der sozialen Sicherungssysteme charakterisiert werden. Die Einteilung*
23 *in ökonomisch wertvolle und sogenannte „Armutsmigrantinnen und -migranten“ führt mithin dazu,*
24 *dass den Angstszenerarien von populistischen Strömungen Tür und Tor geöffnet werden. In*
25 *gesellschaftlichen Gruppen, die am meisten vom Wettbewerb betroffen sind, sind die Ressentiments*
26 *gegen Einwanderung dementsprechend, wie viele Studien belegen, am größten.*

27
28 Deshalb gilt für uns grundsätzlich:

- 29 1. Keine Ökonomisierung der Einwanderung: Der Wert eines Menschen bemisst sich nicht
30 nach seinem wirtschaftlichen Nutzen. Der Mensch ist ein Selbstzweck und darf
31 nicht als ein Mittel zu einem Zweck gesehen werden.
- 32 2. Asyl- und Flüchtlingspolitik beim Thema Einwanderung mitdenken: Asyl ist ein Menschenrecht
33 und darf nicht weiter ausgehöhlt werden.
- 34 3. Bei den weiteren Debatten - gerade wenn es um ein Punktesystem gehen sollte – muss eine
35 Quote für Einwanderung jenseits von Qualifikationspunkten mitbedacht werden.
- 36 4. Regelungen zur Einwanderung müssen gelockert werden – insbesondere muss Deutschland die
37 Sprachtests für nachziehende Ehepartnerinnen und Ehepartner abschaffen, die nicht mit
38 Europarecht zu vereinbaren sind.
- 39 5. Aufgrund der Debattenlage sind wir skeptisch bezüglich neuer Gesetzesvorhaben und fordern
40 die SPD-Bundestagsfraktion auf, die Punkte 1 bis 4 zu forcieren.

41 Falls sich – wider Erwarten – die Möglichkeit von ernsthaften und fortschrittlichen Reformen
42 ergeben sollten, sollten Vorschläge Berücksichtigung finden:

43

44

1 ***Ein Staatsangehörigkeitsrecht, das „Herzlich Willkommen“ sagt***

2

3 Im Jahr 2013 hat die „Blue Card“ ganze 1.193 Menschen nach Deutschland gelockt. Die
4 Anstrengungen der letzten Jahre, gerade unter sozialdemokratischer Verantwortung, scheinen kaum
5 zu wirken. Die Attraktivität Deutschlands leidet unter mangelnden Willkommenszeichen. Große
6 Symbolkraft kann das Staatsangehörigkeitsrecht entfalten, dass signalisieren könnte: „bei uns zählt
7 der gesamte Mensch, wir wollen nicht nur Deine Arbeitskraft“. Eine wichtige Stellschraube ist
8 dabei, die Aufenthaltsdauer, die für den Erwerb der Staatsangehörigkeit notwendig ist. Wer in
9 den letzten vier Jahren drei Jahre in Deutschland gelebt hat, soll das Recht auf Einbürgerung
10 erhalten. Nach dem Vorbild Kanadas. Die Mehrstaatigkeit ist dabei ein selbstverständliches
11 weiteres Zeichen für ein modernes Staatsangehörigkeitsrecht.

12

13 ***Enquete Kommission „Deutschland. Eins in der Vielfalt.“***

14

15 Die Debatten um Migration und Integration führten in den letzten Jahren zu starken
16 Erregungswellen. Triebkraft dieser Diskussionen, die auch zu einer Zerreißprobe für den
17 Zusammenhalt werden können, sind Bauchgefühle, die mit Sachargumenten schwer zu begegnen
18 sind. Es bedarf einer gesellschaftlichen Debatte um die Vielfalt in unserem Land. Einen wichtigen
19 Beitrag dazu kann eine Enquete Kommission leisten. Die Ängste werden wir nicht wegdiskutieren
20 können. Es kommt darauf an, dass wir durch eine stringente Erzählung die Ängste durch positive
21 Gefühle überlagern.

22

23 ***Jährlich 40.000 Flüchtlingen Deutschland zur Heimat machen***

24

25 Überlagert wurden die Diskussionen über ein mögliches Einwanderungsgesetz durch reine
26 Überlegungen zur Erleichterung der Einwanderung von Fachkräften. Vor dem Hintergrund
27 negativer Nützlichkeitsdiskurse ist es wichtig, deutlich zu machen, dass wir Sozialdemokratinnen
28 und Sozialdemokraten das Thema Migration ganzheitlich betrachten. Deshalb haben wir auch im
29 Koalitionsvertrag das Bekenntnis zu Resettlement-Programmen durchgesetzt. Wir wollen das
30 Programm, dass wir mit syrischen Flüchtlingen begonnen haben, verstetigen und ein Kontingent
31 von jährlich mindestens 40.000 für ein Resettlement-Programm festlegen.

1 **Antrag 7**

2 **AntragstellerIn: Bundesvorstand AG Migration und Vielfalt**

3 **Angenommen in geänderter Fassung**

4

5 **AdressatInnen: sozialdemokratische Mitglieder der Kultusministerkonferenz**

6

7 **Demokratieförderung von Kita bis Schule als staatliche Aufgabe**

8

9 Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder der Kultusministerkonferenz auf, ein
10 Bildungsprogramm zur Demokratieförderung für alle Bildungseinrichtungen, von der Kita bis zur
11 Berufsschule, zu erarbeiten und auf dessen Beschluss hinzuwirken.

12

13 Demokratieförderung darf nicht nur Aufgabe von Initiativen und Projekten sein. Die Erziehung zu
14 demokratischen Spielregeln beginnt schon sehr früh. Dem muss in allen schulischen und
15 außerschulischen Bildungseinrichtungen (Kitas, Schulen, Berufsschulen) Rechnung getragen
16 werden.

17 Zwingend einzubeziehen sind folgende Bereiche:

18

19 1. Bildungspläne der Länder für die frühkindliche Erziehung

20

21 2. Ausbildungsordnungen der Erzieher_innenausbildung, Heil- und Sonderpädagog_innen

22

23 3. Lehrpläne aller Schulen, auch der Berufsbildung

24

25 4. Lehrer_innenaus- und Lehrer_innenfortbildung

26

27 Wo das Kooperationsverbot einer solchen Umsetzung entgegensteht, muss das Kooperationsverbot
28 entsprechend aufgeweicht werden oder ganz fallen. Dadurch entstehende Zusatzkosten sind vom
29 Bund zu tragen.

30

31 **Begründung**

32 Die Bundesregierung setzt bei der Demokratietarbeit sehr stark auf Projekte und Initiativen. Die
33 Aufstockung der Mittel in diesem Bereich begrüßen wir und halten die Förderung
34 dieses Engagements auch für unabdingbar. Diese Initiativen und Projekte können und dürfen aber
35 die Aufgabe des Staates im Bereich Bildung und Erziehung nicht ersetzen.

36

37 Kinder werden schon früh in ihren Familien und den Kindereinrichtungen mit ihrer jeweiligen
38 Kultur und Religion spielerisch konfrontiert. Ebenfalls wichtig ist in diesem Alter auch schon ein
39 kindgerechtes Vertrautmachen mit den Grundzügen unseres politischen Systems.

40

41 In den Lehrplänen der Grundschulen sollten die Begriffe unserer gesellschaftlichen Ordnung und
42 deren eindeutige inhaltliche Zuordnung Einzug finden.

1 Für die weiterführenden Schulen muss gelten, dass Demokratieerziehung fächerübergreifend
2 erfolgen muss.

3 Um ein solches Programm in den Bildungseinrichtungen umsetzen zu können, müssen die
4 Pädagoginnen und Pädagogen dazu befähigt und für das Thema sensibilisiert werden. Vor allem im
5 ErzieherInnen-Bereich herrscht Nachholbedarf.

6
7 Wir beschwerten uns regelmäßig nach Wahlen über die niedrige Wahlbeteiligung, schimpfen über
8 die vermeintliche Politikverdrossenheit der Bürgerinnen und Bürger und sind aktuell erschrocken
9 über den Zulauf zu den *Gidas. Es wird viel darüber geredet, was man besser machen und wie man
10 die Menschen mitnehmen kann.

11 Wir sagen, Demokratie kann und muss man lernen. An dieser Stelle sehen wir den klaren
12 staatlichen Bildungsauftrag. Gerade wir Sozialdemokrat_innen dürfen Menschen nicht aufgeben
13 und müssen alles dafür tun, Kindern aus bildungsfernen Schichten oder aus politikverdrossenen
14 Elternhäusern den Weg zur demokratischen Teilhabe an unserer Gesellschaft zu ermöglichen.

15

16 "Die Schule der Nation ist die Schule" Willy Brandt, 1968

17

1 **Antrag 8**

2 **AntragstellerIn: AG Migration und Vielfalt Bayern**

3 **An Bundesvorstand AG Migration und Vielfalt überwiesen in**
4 **geänderter Fassung der Antragskommission**

5

6 **Interkulturelle Öffnung im Bereich der Jugendhilfe.**
7 **Verfahrensweise bei Inobhutnahme von Kindern mit**
8 **Migrationshintergrund durch Jugendämter.**

9

10 Die Bundeskonferenz der AG Migration & Vielfalt fordert den SPD-Parteivorstand und die SPD-
11 Bundestagsfraktion auf, sich für die nachstehend aufgeführten Forderungen einzusetzen:

12

13 1. Die interkulturelle Öffnung und die Steigerung der interkulturellen Kompetenz bei der
14 öffentlichen Jugendhilfe soll vom Bund gesetzlich verankert werden.

15

16 **Begründung**

17 Der hohe Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund in der Bevölkerung sowie die steigenden
18 Flüchtlingszahlen führen zu einem höheren Bedarf an interkulturell ausgebildetem Personal. Um
19 den Umgang mit Menschen verschiedener Herkunft adäquat handhaben zu können, sind diese
20 unabdinglich. Deshalb bedarf der Bereich der staatlichen Jugendhilfe zum einen der interkulturellen
21 Öffnung durch die gezielte Anwerbung von Beschäftigten mit Migrationshintergrund. Zum anderen
22 sollen Beschäftigte mit gezielten Schulungen zur Vermittlung interkultureller Kompetenzen besser
23 auf die täglichen Herausforderungen vorbereitet werden.

24 Insbesondere im Bereich der Jugendhilfe sollte der Bund von seinen Gesetzgebungskompetenzen
25 hierbei Gebrauch machen, da Kinder und Familien auf die fachliche Beurteilungsfähigkeit der
26 Jugendamtsmitarbeiter besonders angewiesen und bisweilen sogar ausgeliefert sind.

27

28 Außerdem wird die herkömmliche Kultur, Sprache und Religion des Kindes nach der Herausnahme
29 aus der Familie in dessen Alltag oft bedeutungslos. Das Recht auf Berücksichtigung der ethnischen,
30 kulturellen, religiösen und sprachlichen Herkunft wird den Kindern jedoch in Art. 20 der UN-
31 Kinderrechtskonvention zugesichert. Formelle Rechte helfen aber gerade Kindern nicht, da sie diese
32 nicht einklagen können. Daher muss ein stärkerer Fokus auf der Durchsetzung dieser Rechte gelegt
33 werden.

Antrag 9

1 **AntragstellerIn: Bundesvorstand AG Migration und Vielfalt**

2 **Angenommen in geänderter Fassung der Antragskommission**

3
4 **AdressatInnen. SPD-Bundesparteitag und SPD-Bundestagsfraktion und sozialdemokratische**
5 **Mitglieder der Bundesregierung**

Racial Profiling abschaffen

6
7
8
9 Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung und die Mitglieder der SPD-
10 Bundestagsfraktion auf, Maßnahmen zur Verhinderung von Racial Profiling umzusetzen. Dabei ist
11 zu prüfen ob legislativ anzusetzen ist, indem unbestimmte Rechtsbegriffe in § 22 Abs. 1a BPolG
12 („Lageerkenntnis“ und „grenzpolizeiliche Erfahrung“) präzisiert werden müssen, oder
13 untergesetzliche Maßnahmen ergriffen werden müssen.
14

Mit dem Ziel „Racial Profiling“ zu unterbinden sollen folgende Maßnahmen überprüft werden:

- Melde- und Beschwerdestrukturen für BürgerInnen zu schaffen, die sich durch einen polizeilichen Einsatz in ihren Menschenrechten verletzt sehen. Diese Vorkommnisse werden anschließend von einer unabhängigen und fachkompetenten Prüfinstanz analysiert und bearbeitet. Eine bundesweite Statistik soll hierzu geführt werden.
- Die Problematik diskriminierender Polizeikontrollen, in die Aus- und Weiterbildung von PolizeibeamtInnen aufzunehmen, wie z.B. durch Anti-Rassismus-Trainings und einer Überarbeitung der Einsatzstrategien. Auf diese Weise werden PolizeibeamtInnen in Zukunft in der Lage sein, ihren hoheitlichen Aufgaben auch ohne „Racial Profiling“ nachzugehen.
- Eine Kennzeichnungspflicht uniformierter Polizeibeamtinnen und – beamten.

Begründung:

15
16
17
18 Racial Profiling beschreibt die diskriminierende Verwendung von Zuschreibungen wie ethnische
19 Zugehörigkeit, phänotypische Merkmale, nationale Herkunft u.a. als Auswahlkriterium für die
20 Durchführung von polizeilichen Maßnahmen wie Kontrollen, Überwachungen und
21 Strafermittlungen ohne konkretes Indiz.
22

23 Diese Praxis verstößt gegen den Gleichheitsgrundsatz des GG aus Art. 3 Abs. 3 und ist somit
24 rechtswidrig. In der Vergangenheit hat die Bundesregierung immer wieder festgehalten, dass die
25 Praxis des „Racial Profiling“ nicht dem Gleichheitsgrundsatz des Art. 3 Abs. 3 GG und den
26 völkerrechtlichen Verpflichtungen Deutschlands vereinbar sei (*vgl. Elfter Bericht der*
27 *Bundesregierung über ihre Menschenrechtspolitik, 04.12.2014, BT Drs-Nr. 18/3494, S.43*).
28 Dennoch kommt es zu Fällen von „Racial Profiling“ die zuletzt auch vor deutschen Gerichten
29 ausgefochten wurden. Vom UN-Berichterstatter gegen Rassismus, Mutuma Ruteere, wurde

1 Deutschland im Juni 2014 darauf hingewiesen, dass es größere Anstrengungen aufbringen müsse,
2 um „Racial Profiling“ vorzubeugen.

3
4 Bereits im Gesetzgebungsverfahren hat es Bedenken gegeben, dass es auf Grundlage des § 22 1a
5 BPolG zu selektiven Personenkontrollen kommen könne, die sich an äußeren Merkmalen von
6 Personen orientieren. Diese Bedenken scheinen durch die fehlerhafte Anwendung des Paragraphen
7 bestätigt worden zu sein.

8 Zweck der Norm ist die unerlaubte Einreise von Personen in das deutsche Bundesgebiet zu
9 verhindern. Dies ist durchaus eine ordnungspolitische Notwendigkeit. Hierbei müssen die
10 materiellen Voraussetzungen für einen Grundrechtseingriff klar festgelegt sein. Bei der Anwendung
11 des § 22 1a BPolG kommt es vermehrt zu Ermessensfehlern, die eine Grundrechtsverletzung mit
12 sich ziehen. Aus diesem Grund muss nun geklärt werden, wie § 22 1a BPolG entweder präzisiert
13 oder untergesetzlich konkretisiert werden muss, um „Racial Profiling“ durch die Bundespolizei
14 vorzubeugen.

15
16
17
18
19
20

21 **Antrag 11**

22 **AntragstellerIn: AG Migration und Vielfalt Berlin**

23 **Angenommen in geänderter Fassung**

24

25 **AdressatInnen: SPD-Bundesparteitag und SPD-Bundestagsfraktion**

26

27

28 **Öffnung der Einreise für nichtakademische Fachkräfte zum Zweck** 29 **der Arbeitsplatzsuche**

30

31 Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion auf, sich dafür einzusetzen, dass qualifizierten
32 nichtakademischen Fachkräften in Engpassberufen die Einreise nach Deutschland für sechs Monate
33 zur Arbeitsplatzsuche ermöglicht wird – mit ähnlichen Bedingung wie in § 18c Aufenthaltsgesetz
34 für akademische Fachkräfte. Hierbei wollen wir eine Härtefallregelung für nicht-akademische
35 Fachkräfte ohne Zertifikate einführen.

36

37 **Begründung:**

38 Laut § 18c Aufenthaltsgesetz kann ein/ „Ausländer/in“, der/die über einen anerkannten
39 Hochschulabschluss verfügt, nach Deutschland einreisen und für sechs Monate einen Arbeitsplatz
40 suchen. Diese Regelung ist ein Meilenstein in der deutschen Einwanderungsgeschichte und sollte
41 auf nichtakademische Fachkräfte ausgeweitet werden, um den Fachkräftemangel in
42 nichtakademischen Berufen – insbesondere im Gesundheitssektor – zu vermindern.

Antrag 12

1 **AntragstellerIn: AG Migration und Vielfalt Berlin**

Angenommen

2
3 **AdressatInnen: SPD-Bundesparteitag und SPD-Bundestagsfraktion**

Für eine gleichberechtigte Vermittlung in Arbeit - Anpassung der Zielbestimmung der Grundsicherung für erwerbsfähige Hilfebedürftige (§ 1 SGB Abs. I SGB II) im Hinblick auf die Erfordernisse von Menschen mit Migrationshintergrund

9
10 Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion und ihre Mitglieder auf, darauf hinzuwirken, dass in § 1
11 Abs. 1 SGB II ein Passus eingeführt wird, der Benachteiligungen von Menschen mit
12 Migrationshintergrund ausschließt. Im vorbezeichneten Gesetz soll der Zusatz nach dem Satz „Die
13 Leistungen der Grundsicherung sind insbesondere darauf auszurichten, dass (...)“ folgender Punkt
14 mit der Nummerierung 7 eingefügt werden: „Nachteile aufgrund der Staatsangehörigkeit, der
15 ethnischen Herkunft oder der mangelnden Beherrschung der deutschen Sprache überwunden
16 werden und das Qualifikationspotenzial mit dem Ziel gefördert wird, dass Eingliederung in den
17 ersten Arbeitsmarkt gelingen kann.

Begründung:

18
19
20
21 Eine gerechte Teilhabe für Migrantinnen und Migranten am ökonomischen, sozialen und kulturellen
22 Leben in Deutschland ist vor allem durch eine ordentliche Erwerbstätigkeit zu erreichen. Doch
23 Menschen mit Migrationshintergrund sind mehr als doppelt so häufig von Arbeitslosigkeit betroffen
24 als Menschen ohne Migrationshintergrund. Das hat verschiedene Gründe: Teils liegt es an den
25 durchschnittlich geringeren Qualifikationen der Migrantinnen und Migranten, teils jedoch auch an
26 struktureller Diskriminierungen auf dem Arbeitsmarkt und in den Jobcentern.

27
28 Das hat auch zur Folge, dass der Gesamtanteil von Migrantinnen und Migranten im Rechtskreis
29 SGB II – also Hartz V – bei etwa 40 Prozent liegt (vgl. u.a. Bundesagentur für Arbeit, Oktober
30 2013). Die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in den Arbeitsmarkt gelingt den
31 Jobcentern überdies schlechter als bei Nicht-Migrant*innen. So werden ihnen
32 arbeitsmarktpolitische Maßnahmen im Sinne des § 16 SGB II im geringeren Umfang angeboten
33 (Arbeitsgelegenheiten, Trainingsmaßnahmen, Förderung der beruflichen Weiterbildung). Studien
34 zeigen darüber hinaus, dass dieser Umstand nicht durch unterschiedliche Qualifikation der
35 Arbeitssuchenden zu erklären ist. Deshalb ist es notwendig, eine gesetzliche Anpassung der
36 Zielbestimmung des entsprechenden Gesetzes in § 1 SGB II zu erwirken. Das wird dazu führen,
37 dass eine größere Sensibilisierung der Jobcenter und ihrer Beschäftigten für dieses Thema
38 geschaffen wird und die Zahl von Hartz-IV-BezieherInnen bei Menschen mit
39 Migrationshintergrund sinkt und ihre Eingliederung in den Arbeitsmarkt und in die Gesellschaft
40 erleichtert wird.

1 **Antrag 15**

2 **AntragstellerIn:** AG Migration und Vielfalt Hessen-Nord

3 **An Bundesvorstand AG Migration und Vielfalt überwiesen**

4

5 **AdressatInnen:** sozialdemokratische Mitglieder der Bundesregierung und SPD-
6 **Bundestagsfraktion**

7

8 **WIFI-Internetzugang in Gemeinschaftsunterkünften von**
9 **Flüchtlingen**

10

11 Die SPD-BundesministerInnen und die SPD-Bundestagsfraktion in der Regierungskoalition werden
12 aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung
13 gestellt werden, um in den Gemeinschaftsunterkünften für Flüchtlinge in den Kommunen ein
14 funktionierender und frei zur Verfügung stehender WIFI-Internetzugang zu ermöglichen.

15 **Begründung:**

16 Die finanziellen Mittel der Länder für die Kommunen reichen schon jetzt nicht mehr aus, um die
17 Betreuung der Flüchtlinge ausreichend zu gewährleisten. Deshalb sollte die Bundesregierung die
18 notwendigen zusätzlichen Mittel für einen WIFI-Internetzugang in den jeweiligen
19 Flüchtlingsheimen der Kommunen sicherstellen und hierfür Mittel im Bundeshaushalt absichern.

20

21 In der heutigen Zeit ist ein Internetzugang eine wichtige und größtenteils notwendige
22 Informationsquelle geworden. Der Bundesgerichtshof erklärte daher zu Recht den Zugang zum
23 Internet für die Menschen als eine Art Grundrecht „von zentraler Bedeutung“ (BGH Urteil vom 24.
24 Januar 2013 – III ZR 98/12). Auch wenn dies noch keinem rechtlichen Zugangsanspruch für
25 Jedermann begründet, können und dürfen wir gerade den Menschen, die ihre Heimat unfreiwillig
26 verlassen haben und hier Schutz suchen, diesen Zugang nicht verwehren.

27

28 Insbesondere die Sorge um die in der Heimat verbliebenen Angehörigen und Bekannten macht es
29 für die Flüchtlinge unumgänglich, teure Auslandsgespräche zu führen. Im außereuropäischen
30 Ausland sind solche noch immer sehr teuer und von den Flüchtlingen kaum bezahlbar. Dies ist
31 jedoch in der heutigen Zeit völlig überflüssig. Über einen funktionierenden Internetzugang lässt
32 sich ohne weiteres mit bestehenden Angeboten (etwa von Skype) eine kostenlose Kommunikation
33 ermöglichen, welche sogar wunschweise einen visuellen Kontakt ermöglicht.

34

35 Im Hinblick auf die Nutzung für einen größeren und unbestimmten Nutzerkreis ergeben sich jedoch
36 Risiken. Die aktuelle Gesetzgebung in Deutschland macht den BetreiberInnen eines sog. „Hotspots“
37 haftungsrechtlich verantwortlich für jede missbräuchliche Nutzung. Dies gilt sowohl für öffentliche
38 - als auch private Betreiber. Um eine solche Haftung auszuschließen, sollte das gewählte System die
39 laut Telekommunikationsgesetz gesetzlich vorgeschriebenen Kriterien für Hotspot-Betreiber
40 zwingend erfüllen. Hierzu gehört beispielsweise eine Registrierung, die jeder NutzerInnen
41 durchlaufen muss, um dessen Sitzungsdaten zu erfassen, etwa den Nutzeraccount, den
42 Nutzungszeitpunkt und MAC-Adresse). Diese Daten werden für vorschriftsgemäßen Zeitraum

1 gespeichert. Die gewerblichen AnbieterInnen und deren Systeme solcher geschützten Hotspots
2 verhindern im Regelfall bereits von vornherein den Zugang zu illegalen Video- und
3 Musikdownloads. Diese Systeme sind in Hotels, Flughäfen, Bahnhöfen und anderen privaten- oder
4 öffentlichen Bereichen schon Alltag. In Gemeinschaftsunterkünften ist ein solches System ebenfalls
5 nicht unbekannt, vor Allem in anderen europäischen Ländern, z.B. den Niederlanden oder Schweden.

6
7 Solche Systeme lassen sich heute zu recht geringen Kosten installieren und betreiben, sofern in der
8 jeweiligen Einrichtung bereits ein funktionierender Internetzugang über LAN-Kabel vorhanden ist.
9 Nach vorliegenden Angeboten sind für eine Einrichtung mit etwa 50 Bewohnern(innen) einmalige
10 Anschaffungskosten von nicht mehr 1.000€ inkl. MwSt. sowie einer monatlichen Nutzungsgebühr
11 für die kompletten Hotspot von nicht mehr als 30€ inkl. MwSt. zu rechnen. Die weitere Begründung
12 erfolgt mündlich.

13
14
15

16 **Antrag 16**

17 **AntragstellerIn:** AG Migration und Vielfalt Hessen-Nord

18 **Angenommen in geänderter Fassung**

19

20 **AdressatInnen:** SPD- Bundestagsfraktion, sozialdemokratische Mitglieder der
21 Bundesregierung

22

23 **Änderung des § 4 Asylbewerberleistungsgesetz - Medizinische** 24 **Prävention von Anfang an**

25

26 Die SPD-BundesministerInnen und die SPD-Bundestagsfraktion in der Regierungskoalition werden
27 aufgefordert, den § 4 Asylbewerberleistungsgesetz (ärztliche Hilfe heißt es dort, darf
28 AsylbewerberInnen nur bei „akuten Krankheiten und Schmerzzuständen“ gewährt werden) dahin
29 gehend zu ändern, dass Asylsuchende jederzeit zum Arzt gehen können und nicht erst, wenn sie es
30 vor Schmerzen nicht mehr aushalten.

31

32 Wir fordern eine bedarfsgerechte finanzielle Unterstützung durch den Bund für jene Bundesländer,
33 die sich für die Einführung einer Gesundheitskarte entscheiden und damit möglichst gleiche
34 ärztliche Behandlung der BürgerInnen - unabhängig von deren jeweiligem Aufenthaltsstatus -
35 schaffen.

36

37 **Begründung:**

38 Gut ein Drittel der Flüchtlinge, die in Deutschland Asyl beantragen sind Kinder. Nicht nur sie
39 haben ein Recht auf medizinische Versorgung von Anfang an. Es kann und darf nicht sein, dass
40 gerade sie – vor allem in den Notunterkünften – u.a. wegen Atemwegserkrankungen, Ohren- und
41 Zahlschmerzen, entzündeten Mandeln erst dann behandelt werden, wenn eine Akutkrankheit
42 vorliegt. Es gibt keinerlei Prophylaxe in der Vorsorge der Zahnbehandlung bei Kindern. Hier
43 versagen staatliche Strukturen, die einem Entwicklungsland gleich kommen.

1 **Antrag 17**

2 **AntragsstellerIn: AG Migration und Vielfalt Nordrhein-Westfalen**

3 **Angenommen**

4
5

6 **Stichwort: Sanktionsfreier Zugang zu medizinischer Versorgung für**
7 **Menschen ohne regulären Aufenthaltsstatus**

8

9 Zur Gewährleistung eines sanktionsfreien Zugangs von Menschen ohne regulären Aufenthaltsstatus
10 zur Gesundheitsversorgung wird die Einführung des anonymisierten Krankenscheins für diese
11 Personengruppe empfohlen.

12

13 **Begründung:**

14

15 Das Recht auf Gesundheit unabhängig vom Aufenthaltsstatus gehört zu den unveräußerlichen
16 Menschenrechten und ist von der Bundesrepublik Deutschland durch Unterzeichnung zahlreicher
17 völkerrechtlicher Abkommen, u.a. der UN-Kinderrechtskonvention, des Internationalen Pakts über
18 wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, des internationalen Übereinkommens zur Beseitigung
19 jeder Form von Rassendiskriminierung, der Europäischen Sozialcharta und der EU-
20 Grundrechtscharta anerkannt worden. Daraus ergibt sich für Deutschland eine menschenrechtliche
21 Verantwortung und Verpflichtung, das auch für Menschen ohne regulären Aufenthaltsstatus
22 (Menschen ohne Papiere) geltende Recht auf Gesundheitsversorgung einzulösen, also den Zugang
23 zu adäquater medizinischer Versorgung tatsächlich zu ermöglichen. Besonders hinzuweisen ist auf
24 die sich aus der UN-Kinderrechtskonvention ergebende Verpflichtung zur Gleichbehandlung aller
25 Kinder (Art.24).

26 Die in § 87 Aufenthaltsgesetz festgelegte Übermittlungspflicht öffentlicher Stellen, zu denen auch
27 Krankenhäuser und Krankenversicherungen in öffentlicher Trägerschaft sowie Gesundheitsämter
28 und Sozialämter zählen, an die Ausländerbehörden mit der Rechtsfolge drohender Abschiebung von
29 Menschen ohne Papiere steht mit der zuvor dargelegten völkerrechtlichen Verpflichtung nicht in
30 Einklang. Zahlreiche Institutionen der deutschen Zivilgesellschaft, darunter die
31 Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege, das Katholische Forum Leben in der
32 Illegalität, die Bundesarbeitsgruppe Gesundheit/Illegalität, die Bundesärztekammer, das Netz gegen
33 Rassismus und das Forum Menschenrechte, fordern daher seit Jahren – nicht zuletzt unter Hinweis
34 auf die völkerrechtlichen Verpflichtungen – eine Aufhebung der Übermittlungspflicht für
35 öffentliche Stellen und Einrichtungen der Gesundheitsversorgung einschließlich der
36 Sozialbehörden.

37

38 Ein sanktionsfreier Zugang zu medizinischer Versorgung für Menschen ohne Papiere ist nicht nur
39 aus humanitären und menschenrechtlichen Gründen geboten, sondern auch gesundheits- und
40 finanzpolitisch sinnvoll. Aus Angst vor Entdeckung suchen Menschen ohne Papiere – wenn
41 überhaupt – häufig viel zu spät einen Arzt/eine Ärztin oder ein Krankenhaus auf, was
42 Verschleppung oder Chronifizierung zur Folge haben und im Fall ansteckender Krankheiten

1 Risiken für die allgemeine Gesundheit mit sich bringen kann. Ferner werden weder
2 Vorsorgeuntersuchungen, vor allem bei Schwangeren wichtig, noch Schutzimpfungen durchgeführt.
3 Notfallversorgungen kommen die Sozialhaushalte in der Regel teurer zu stehen als frühzeitige
4 ärztliche Behandlung.

5
6 Da die Forderung auf Aufhebung der Übermittlungspflicht bei der CDU/CSU bisher auf taube
7 Ohren stößt (für sie ist die Einhaltung des deutschen Ordnungsrechts wichtiger als Menschenrecht
8 und völkerrechtliche Verpflichtungen; wer kein Aufenthaltsrecht habe, sei ausreisepflichtig), wird
9 zunehmend über andere Wege nachgedacht, um Menschen ohne Papiere einen sanktionslosen
10 Zugang zur medizinischen Versorgung zu gewährleisten. Als praktikables Modell wird der
11 anonymisierte Krankenschein (AK) angesehen, zumal damit die Übermittlungspflicht nach § 87
12 Auf EntG nicht in Frage gestellt wäre und die Zuständigkeit des Bundes nicht berührt würde. Im
13 Landtag NRW gab es bereits zu Jahresbeginn 2012 Überlegungen für ein entsprechendes
14 Pilotprojekt in mehreren Städten des Landes, über das jedoch wegen der seinerzeit anstehenden
15 Landtagswahlen leider nicht mehr entschieden worden ist. Der niedersächsische Landtag hat am
16 18.12.2014 mit den Stimmen von SPD, Grünen und FDP gegen die CDU einen
17 Entschließungsantrag von SPD und Grünen verabschiedet, mit dem die Landesregierung
18 aufgefordert wird, für Menschen ohne Papiere im Rahmen eines Modellversuchs einen AK in
19 Kooperation mit der Kassenärztlichen Vereinigung und der medizinischen Flüchtlingshilfe in
20 Hannover und Göttingen einzuführen.

21
22 Anlaufstelle zur Vergabe des AK sollten Gesundheitsämter bzw. Stellen des öffentlichen
23 Gesundheitswesens unter ärztlicher Leitung sein. Zum Team sollte ein Sozialarbeiter/eine
24 Sozialarbeiterin mit guten Kenntnissen im Ausländerrecht gehören. Im Einzelfall müssen auch
25 ÜbersetzerInnen hinzugezogen werden. Die in der Anlaufstelle vorzunehmende Datenerhebung und
26 die analog Asylbewerberleistungsgesetz durchzuführende Bedürftigkeitsprüfung durch Abgabe
27 einer Mittellosigkeitserklärung unterliegen der Schweigepflicht. Genau wie ein regulärer
28 Krankenschein würde der von der Anlaufstelle ausgehändigte AK bei Inanspruchnahme
29 medizinischer Leistungen dem Arzt oder dem Krankenhaus vorgelegt und einbehalten. Auf der
30 Rechnung sollte zwecks Wahrung der Anonymität kein Name, sondern nur der anonymisierte Code
31 des AK vermerkt werden. Ärzte und Krankenhäuser könnten ihre Leistungen wie bei einem
32 Kassenpatienten/einer Kassenpatientin abrechnen.

33

1 **Antrag 18**

2 **AntragstellerIn: AG Migration und Vielfalt Braunschweig**

3 **Angenommen in geänderter Fassung (Ersetzungstext)**

4

5 **AdressatIn: Bundesvorstand AG Migration und Vielfalt**

6

7 **Wahlrecht für alle**

8

9 Der neue Bundesvorstand wird aufgefordert, zum nächsten Bundesparteitag einen Antrag
10 einzubringen, der zum Ziel hat, allen wahlmündigen Menschen, die in Deutschland dauerhaft leben,
11 das Wahlrecht auf allen Ebenen zu ermöglichen.

1 **Initiativantrag 1**

2 **AntragstellerIn: Bundesvorstand Migration und Vielfalt / Bezirksvorstand Migration und**
3 **Vielfalt Hessen Süd**

4 **Angenommen**

5 **5 Punkte für mehr Menschenschutz statt Grenzschutz**

6
7 Die jüngsten Flüchtlingskatastrophen im Mittelmeer zeigen das Scheitern einer kaltherzigen
8 Abschottungspolitik. Das Sterben von tausenden Geflüchteten in den letzten Monaten und
9 insbesondere in den letzten Tagen beschämt uns, macht uns traurig und wütend zugleich.

10
11 Die zur Tradition gewordene Reaktions-Schleife aus Bedauern, Beileidsbekundungen, Forderungen
12 nach noch mehr Grenzschutz, nach stabileren Verhältnissen in den Transitländern, um die
13 Fluchtwege besser abzuschotten, sind unwürdig und menschenverachtend. Der Zehn-Punkte-Plan
14 der EU reiht sich in dieses Muster ein und ist völlig unzureichend und kontraproduktiv. Das
15 Schimpfen auf Schlepperbanden, die mit der Verzweiflung der Menschen ihr dreckiges Geschäft
16 treiben, empfinden wir als plumpe Ablenkungsmanöver und fordern, durch eine solidarische und
17 humane Flüchtlingspolitik das Geschäftsmodell der Schlepperbanden überflüssig zu machen.

18
19 Deshalb fordern wir unsere sozialdemokratischen Spitzenpolitikerinnen und Spitzenpolitiker in der
20 Bundesregierung, im Bundestag, im Europaparlament als auch im Parteivorstand auf, sich
21 nachdrücklich für die nachstehenden Maßnahmen auf ihren jeweiligen politischen Ebenen
22 einzusetzen:

23 **1. Seenotrettung sofort zur Priorität machen: Mare Nostrum Europe**

24 Mit dem Ende der Operation „Mare Nostrum“ der italienischen Regierung, ist das Mittelmeer
25 wieder zu einem Massengrab geworden. 9 Mio. Euro waren für eine der reichsten Regionen der
26 Welt zu viel und 28 Nationen haben die solidarische Finanzierung abgelehnt. Anstelle dessen trat
27 die von Frontex koordinierte Grenzschutzaktion Triton. Die europäischen Staaten haben sich mit
28 der Weigerung Menschenleben vor dem Grenzschutz zu stellen, schuldig an den Tausenden Toten
29 gemacht. Die europäischen Staaten müssen „Mare Nostrum“ neu auflegen und für eine
30 gesamteuropäische Finanzierung einstehen.

31 **2. Sichere Einreisewege statt Todespfade**

32
33 Kriege, Verfolgungen, ungleiche Lebensverhältnisse, Naturkatastrophen, die insbesondere durch die
34 Industrienationen verursacht werden, führen dazu, dass Menschen ihre Heimat verlassen, um für
35 sich nach neuen Perspektiven zu suchen. Durch ein europaweites Engagement beim
36 Resettlementprogramm des UNHCR muss Menschen die legale Möglichkeit gegeben werden, in
37 Europa ein neues Leben zu beginnen.

38 **3. Dublin III überwinden und das Märchen von sicheren Drittstaaten beenden**

39
40 Soweit nur solche Länder, in denen die Geflüchteten europäischen Rechtsraum betreten für die
41 Bearbeitung des Asylantrags zuständig sind, findet keine gerechte Lastenverteilung zwischen den
42 einzelnen Mitgliedsstaaten statt und es werden konkrete Fehlanreize im Umgang mit den
43 Antragstellerinnen und Antragstellern gesetzt. Das Beispiel illegaler Inhaftierungen von
44 Geflüchteten sowie die „illegalen Pushbacks“ zeigen, welche Willkür hier entstehen kann. Daher
45 muss neben dem Dublin III Abkommen die sichere Drittstaatenregelung wegfallen und der
46 Asylantrag in allen Mitgliedsstaaten der EU uneingeschränkt ermöglicht werden. Unabhängig
47 davon, woher die Antragstellerinnen und Antragsteller kommen. Stattdessen wäre eine
48 ausgewogene europäische Kontingentierung denkbar, welche die Bedürfnisse der
49 Antragsstellerinnen und Antragssteller ausreichend berücksichtigt. Menschlichen Härtefällen

1 könnte hierdurch genügt werden.

2 3 **4. Einheitliche Standards in einem europäischen Asylsystem aufbauen**

4 Die Chancen Asyl zu bekommen, unterscheiden sich in ein und demselben Fall zwischen den
5 europäischen Staaten. Die Bedingungen für Geflüchtete in den unterschiedlichen Ländern sind von
6 krassen Gefällen gekennzeichnet. Das europäische Asylsystem gleicht einem Flickenteppich. Es
7 muss endlich eine Vereinheitlichung des Asylsystems auf europäischer Ebene stattfinden, welche
8 die fortschrittlichen Länder und ihre hohen Standards als Ziel für alle Länder festschreibt. Es darf
9 keinen Unterschied ausmachen, ob ein Asylverfahren im Norden oder Süden Europas durchlaufen
10 wird.

11 12 **5. Heuchlerische Scheindiskussionen um Schlepperbanden beenden**

13 Die Fokussierung der Diskussion auf Schlepperbanden setzt im besten Fall ungewollt am falschen
14 Ende an und ist im Prinzip nichts mehr als eine Scheindiskussion, um von der eigenen
15 Verantwortung für die ertrunkenen Menschen abzulenken. Die Schlepperbanden, die die
16 Hoffnungen der Menschen ausnutzen, sind nur ein Ergebnis und Symptom der Abschottungspolitik.
17 Wir erwarten von sozialdemokratischen Politikerinnen und Politikern die Diskussion in die
18 richtigen Bahnen zu lenken und ihrer Verantwortung gerecht zu werden.

19 20 21 22 23 **24 Initiativantrag 2**

25 **Antragsteller: AG Migration und Vielfalt Schleswig-Holstein**

26 **Angenommen in geänderter Fassung**

27 28 **Gemeinsam erinnern!**

29
30 Deutschland ist ein Einwanderungsland. Tagtäglich, seit Jahrzehnten, kommen Menschen nach
31 Deutschland um hier zu leben und zu arbeiten. Sie bringen ihre Geschichte, ihre Traditionen und
32 Erinnerungen und ihre Religion mit und bereichern damit unsere Gesellschaft. Nach wie vor spielen
33 diese Identitäten in unserer inkludierten Kultur, insbesondere aber auch in unserer aller
34 Erinnerungskultur eine zu geringe Rolle. Als Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt setzen
35 wir uns daher ein für eine neue und offene Erinnerungskultur in Deutschland.

36
37 Am 24. April 2015 jährt sich der Völkermord an den Armenier_innen, zu dessen Opfern auch die
38 Aramäer_innen, Assyrer_innen, Chaldäer_innen und Pontos-Griech_innen in Kleinasien und
39 Mesopotamien gehörten, zum 100. Mal. Wir setzen daher im Lichte des 100. Jahrestages ein
40 deutliches Signal für eine neue gelebte Erinnerungskultur in der vielfältigen deutschen Gesellschaft,
41 damit Deutschland als Einwanderungsgesellschaft gerecht(er) wird. Wir sind der Überzeugung, dass
42 diesem Thema zum einen ein Forum geboten und zum anderen die Bevölkerung in Deutschland für
43 diese Thematik sensibilisiert werden muss.

44
45 Dazu gehört auch eine vollständige historische Aufklärung, Aufarbeitung und Dokumentation der
46 Geschehnisse, bei der die Rolle der beteiligten Staaten und insbesondere des Deutschen Reiches
47 beleuchtet wird. Im Zuge der Debatte wird deutlich, dass es notwendig ist die weiteren
48 unaufgearbeiteten Verbrechen wie z.B. in Ruanda, Srebrenica oder der Völkermord an den Völkern
49 der Herero und Nama 1904, die Einwanderer*innen als Traumata ständig wiedererleben,
50 aufzuarbeiten und Erinnerung und Sensibilisierung zu ermöglichen.

1 **Erledigte Anträge:**

2

3 **Antrag 6 Stichwort: Keine Reduzierung der Einwanderung auf das**
4 **ökonomisch Nützliche!**

5 Erledigt durch Annahme Antrag 5

6

7 **Antrag 10: Stichwort: Praxis des Racial Profiling abstellen!**

8 Erledigt durch Annahme Antrag 9 in geänderter Fassung

9

10 **Antrag 14: Anerkennung ausländischer Abschlüsse**

11 Erledigt durch Regierungshandeln

12

13

14

15 **Nicht behandelte Anträge:**

16

17 **Initiativantrag 3: Einwanderung als Chance sehen.**

18 Nichtbefassung (kein Initiativcharakter)

19

20

21 **Antrag 19: Asyl ist humanitäre Pflicht!**

22 Nichtbefassung (vom Antragssteller zurückgestellt bis zur nächsten Bundeskonferenz)

23

24

25

26 **Abgelehnte Anträge:**

27

28 **Antrag 13: Beschäftigungsquote**

29 abgelehnt